

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Christian Baldauf und Dr. Axel Wilke (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

PEBB§Y-Deckungsgrade

Die **Kleine Anfrage** 377 vom 19. Oktober 2011 hat folgenden Wortlaut:

Aus der Beantwortung der Großen Anfrage „Angekündigte Schließung von Justizstandorten“ ergibt sich ein PEBB§Y-Deckungsgrad für die Richterinnen und Richter bei dem Oberlandesgericht Koblenz von 92 % bzw. 97 % bei dem Pfälzischen Oberlandesgericht Zweibrücken (Drucksache 16/218, Antwort auf Frage I.7).

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie hoch ist der PEBB§Y-Deckungsgrad im mittleren Dienst am Oberlandesgericht Koblenz, wie hoch ist er am Pfälzischen Oberlandesgericht Zweibrücken (bitte nach Oberlandesgerichten aufschlüsseln)?
2. Wie hoch sind die PEBB§Y-Deckungsgrade der nachgeordneten Land- und Amtsgerichte sowie der Staatsanwaltschaften (bitte einzeln auflisten)?

Das **Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 10. November 2011 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1 und 2:

Die bisherige Praxis sieht einen Austausch der Ergebnisse der Personalbedarfsberechnungen zwischen den Fachgerichten und/oder der ordentlichen Gerichtsbarkeit nicht vor. Die Ergebnisse der Personalbedarfsberechnungen der ordentlichen Gerichtsbarkeit werden den Chef- und Landgerichtspräsidenten sowie den Generalstaatsanwälten und den Leitenden Oberstaatsanwälten übersandt. Die Personalbedarfsberechnungen der Fachgerichte werden den jeweiligen Chefpräsidenten übersandt. Ferner werden die Personalvertretungen über die sie betreffenden Deckungsgrade informiert.

Seitens des Ministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz ist jedoch in Abweichung von dem bisherigen Vorgehen beabsichtigt, die Ergebnisse der Personalbedarfsberechnung künftig in geeigneter Form zu veröffentlichen. Vor einer abschließenden Entscheidung über das weitere Vorgehen wird der Umgang mit den Ergebnissen der Personalbedarfsberechnung in den anderen Bundesländern abgefragt. Eine entsprechende Länderumfrage ist bereits angelaufen. In diesem Rahmen wird erfragt, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang die Ergebnisse zwischen den Gerichtsbarkeiten ausgetauscht und in welcher Form sie veröffentlicht werden, wer Zugang zu den Daten hat und welche Stellen beteiligt wurden. In einem nächsten Schritt ist vorgesehen, den hiesigen Geschäftsbereich sowie die Personal- und Interessenvertretungen zu dem geplanten Vorgehen anzuhören.

Vor diesem Hintergrund wird derzeit davon abgesehen, die oben genannten Fragen im Rahmen einer Kleinen Anfrage zu beantworten, die entsprechenden Daten können jedoch – falls gewünscht – in einer vertraulichen Sitzung des Parlamentes offengelegt werden.

Jochen Hartloff
Staatsminister